

Zwischen Schock und Anpassung: ostdeutsche Familienbildung im Übergang

Mau, Steffen; Zapf, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mau, S., & Zapf, W. (1998). Zwischen Schock und Anpassung: ostdeutsche Familienbildung im Übergang. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 20, 1-4. <https://doi.org/10.15464/isi.20.1998.1-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Zwischen Schock und Anpassung	1
Zuwanderung nach Deutschland – Eine Buchbesprechung	4
Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum	5
Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung	9
Umweltbewußtsein in Europa – ähnliche Probleme, unterschiedliches Verhalten	10
Tagung: XIV World Congress of Sociology	14
Living Conditions in Europe – Eine Buchbesprechung	15
Tagung: Sektion Sozialindikatoren auf dem Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie	16

Zwischen Schock und Anpassung

Ostdeutsche Familienbildung im Übergang

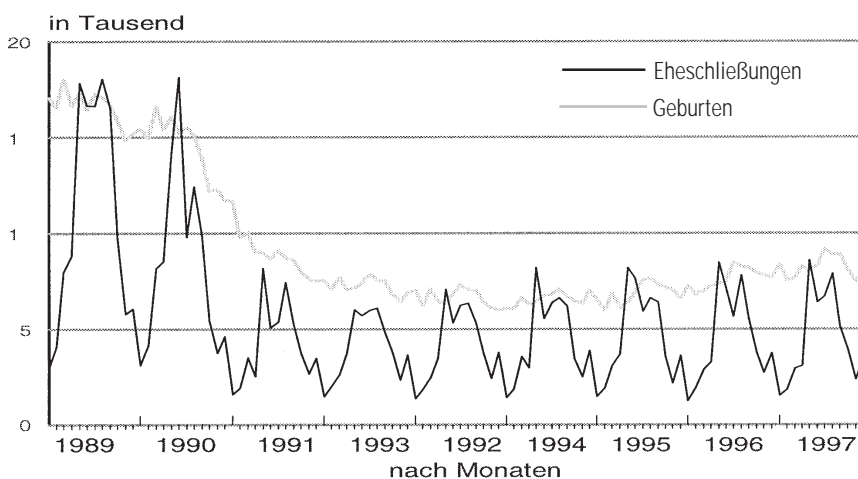
Als nahezu zeitgleich mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Prozeß der deutschen Vereinigung ein dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und Ehescheidungen in Ostdeutschland zu verzeichnen war, konnte man von einem „demographischen Schock“ sprechen. Die Monatsdaten verdeutlichen, daß der stärkste Einbruch dieser Kennziffern von 1990 auf 1991 zu verzeichnen war (vgl. Graphik 1). Die Zahl der Geburten sank von 1989 auf 1990 um 10 Prozent ab und verringerte sich im Folgejahr um weitere 40 Prozent. Auch in den beiden folgenden Jahren kamen deutlich weniger Kinder zur Welt, und erst 1994 wurde ein vorläufiger Tiefpunkt dieser Entwicklung erreicht. Wurden 1989 noch ca. 200.000 Kinder geboren, so kamen 1994 nur noch knapp 80.000 zur Welt. Damit fiel die Zahl der Lebendgeborenen innerhalb kurzer Zeit um 60 Prozent, eine auch im historischen Rückblick exorbitante Marke. Ein gleichermaßen rekordverdächtiges Bild ergab sich bei der Entwicklung der Eheschließungen in Ostdeutschland. Hier sank die Zahl von 1989 auf 1990 um 22 Prozent. Im darauffolgenden Jahr verringerte sich die Zahl derer, die sich das Ja-Wort gaben, nochmals um 50 Prozent. Der Tiefpunkt dieses Rückgangs war 1992 erreicht, als nur noch 48.000 Ehen geschlossen wurden im Vergleich zu 131.000 im Jahr 1989. Auch die Ehescheidungen, ein dritter Indikator des demographischen Verhaltens, zeigte Ausschläge nach unten. In den zwei Jahren von 1989 auf 1991 sank die Zahl der Scheidungen von 50.000 auf weniger als 9.000 pro Jahr. Gründe hierfür lagen in der Einführung des bundesdeutschen Scheidungsrechts und in der verringerten Scheidungsneigung der Ostdeutschen.

Diese Entwicklung gab damals Anlaß zu der Diagnose eines demographischen Schocks (Zapf/Mau 1993). Dieser Schock war als ein Aggregat verschiedener Effekte, das sich auf sozioökonomische und psychosoziale Lagen der Individuen gründete und in ein Aussetzen der Eheschließungen, Geburten und Scheidungen mündete. Doch wie läßt sich dies erklären? Beschleunigte Prozesse des sozialen und politischen Wandels stellen hohe Anforderungen an die Umstellungs- und Anpassungskapazitäten der Menschen. Nicht nur eine Neuorientierung im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik war notwendig; die Menschen in Ostdeutschland waren auch mit handfesten unmittelbaren Problemen wie Arbeitslosigkeit konfrontiert, die sie bisher nicht kannten. Ob man die veränderten Lebensbedingungen als riskant oder herausfordernd erlebt, die Folgen für das demographische Verhalten gehen in dieselbe Richtung: Sie werden in beiden Fällen als Lebensereignisse wahrgenommen, die

langfristige biographische Weichenstellungen vornehmen. Damit stellen sie eine zusätzliche Belastung dar, und ihr Vermeiden ist eine Entlastungsstrategie. Wo sich neue biographische Wahlmöglichkeiten auftun, erscheint eine Elternschaft oder eine Heirat als Festlegung, die nicht bzw. nur schwer reversibel ist. Und wenn diese hinzugewonnenen Optionen auch mit Risiken und Unsicherheiten einhergehen, ist eine Bewältigungsstrategie, die Festlegungen und damit auch mögliche Fehlplanungen vermeidet, durchaus plausibel.

Andere Faktoren, die die dramatischen Einbrüche mit beeinflußt haben, sind die Wanderungsbewegungen von Ost nach West, insbesondere der jüngeren Kohorten, und die Bevölkerungsstruktur. Wieviel Ehen geschlossen werden und wieviel Kinder geboren werden, hängt schließlich auch davon ab, wie stark die heirats- und gebärfähigen Altersgruppen besetzt sind. Daß wir es aber nicht mit einem Schein-

Graphik 1: Geburten und Eheschließungen in Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

effekt, sondern mit einer wirklichen Veränderung des generativen Verhaltens zu tun haben, bestätigt die zusammengefaßte Geburtenziffer. Sie läßt sich als hypothetische durchschnittliche Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt, beschreiben. Sie betrug 1989 in Ostdeutschland, bezogen auf 1000 Frauen 1572 und fiel dann 1994 auf 772, d.h. auf weniger als die Hälfte. Im Vergleich dazu betrug der westdeutsche Wert 1394 (1989) und fiel dann leicht auf 1346 (1994). Auch wenn der Anteil der Geborenen mit ausländischer Mutter in Westdeutschland 1995 auf 18 Prozent angewachsen war, bleibt doch die Diagnose eines beträchtlichen Niveauunterschieds im generativen Verhalten der Ost- und Westdeutschen.

Schon sehr früh lautete eine weitergehende Prognose, daß die meisten sozialstrukturellen Entwicklungen in Richtung der westdeutschen Muster gehen werden. Das galt auch für die DDR-typischen frühen Ehen und frühen Mutterschaften und in der Folge auch für die frühen Scheidungen. Diese Angleichungsthese ging davon aus, daß das neue institutionelle und sozioökonomische Ordnungsgefüge die Heirats- und Geburtenmuster konditioniert und diese sich mittelfristig dem westdeutschen Muster annähern. In diese Prognose eingeschlossen waren auch die Idee einer Überlagerung verschiedener Trends und die Möglichkeit verbleibender fortgesetzter Unterschiede in den demographischen Daten in Ost- und Westdeutschland, nämlich solange wie auch deutliche Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen beiden Landesteilen bestehen.

Langsamer Anstieg der Geburtenzahlen

Welche Veränderungen lassen sich seit dem dramatischen Einbruch in Ostdeutschland feststellen? Zunächst einmal: Der Tiefpunkt der Entwicklung, der eine Umstellungskrise markiert, war nach wenigen Jahren erreicht, und seitdem beobachten wir einen langsam einsetzenden Aufwärtstrend. Ein schnelles Nachho-

len, oder gar ein „Babyboom“, der dem demographischen Verzicht der letzten Jahre folgt, war nicht wahrscheinlich und wird durch die zur Verfügung stehenden vorhandenen Daten

auch nicht bestätigt. Doch der Umkehrtrend ist deutlich: 1995 wurden sechs Prozent mehr Kinder in Ostdeutschland geboren als im Jahr zuvor. Von 1995 auf 1996 betrug die Zuwachsrates elf Prozent. Von 1994 bis 1997 stieg die Zahl der Lebendgeborenen sukzessive um insgesamt 25 Prozent an. Damit wurden im vergangenen Jahr ca. 20.000 Babys mehr geboren als 1994. Das mutet viel an, aber dennoch liegt dieser Wert nur bei der Hälfte der Geburten des Jahres 1989. Bezogen auf tausend Einwohner kamen in Ostdeutschland 6,4 und in Westdeutschland 10,7 Kinder zur Welt. Die Fertilitätsrate in Ostdeutschland ist damit immer noch deutlich niedriger als der westdeutsche Vergleichswert. 1996 wies die zusammengefaßte Geburtenziffer (je 1000 Frauen) im Osten einen Wert von 926 und im Westen einen Wert von 1387 aus.

Bei den Eheschließungen ist der Wiederanstieg weniger deutlich. Nachdem der niedrigste Wert schon 1992 erreicht wurde, stiegen die Heiratszahlen wieder leicht an und scheinen nun auf einem niedrigen Niveau zu verharren. Auf der Ebene der zusammengefaßten Erstheirats-

Tabelle 1: Eheschließungen und Geburten in Ost- und Westdeutschland

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Anzahl in Tausend	je 1000 Einwohner	Anzahl in Tausend	je 1000 Einwohner
Eheschließungen				
1989	131	7,9	399	6,4
1990	102	6,3	414	6,6
1991	51	3,2	404	6,3
1992	48	3,1	405	6,2
1993	49	3,1	393	6,0
1994	52	3,4	388	5,9
1995	54	3,5	376	5,7
1996	54	3,5	372	5,6
1997	53	3,5 ¹	368	5,5 ¹
Geburten				
1989	199	12	682	11,0
1990	178	11,1	727	11,5
1991	108	6,8	722	11,3
1992	88	5,6	721	11,1
1993	81	5,1	718	11,0
1994	79	5,1	691	10,5
1995	84	5,4	681	10,3
1996	92	6,0	697	10,5
1997	98	6,4 ¹	712	10,7 ¹
Scheidungen				
1989	50	3,0	127	2,0
1990	32	2,0	123	1,9
1991	9	0,6	127	2,0
1992	10	0,7	125	1,9
1993	18	1,2	138	2,1
1994	23	1,5	143	2,2
1995	21 ²	1,5 ²	148 ³	2,2 ³
1996	23 ²	1,6 ²	153 ³	2,3 ³

¹ vorläufiges Ergebnis² Neue Länder ohne Berlin-Ost³ Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt

ziffer (von 1000 ledigen Frauen) ist dieser Anstieg deutlicher. Danach lag der tiefste Stand schon im Jahr 1991 bei einem Wert von 312 und 1996 bei 409. Interessant ist, daß die Heiratsneigung in den vergangenen zwei Jahren fast unverändert blieb und damit rund ein Drittel unter dem westdeutschen Vergleichswert verharrt. Hier sind deutliche Zunahmen, die auf ein Aufholen der ausgesetzten Eheschließungen hindeuten, nicht zu verzeichnen. Die Scheidungshäufigkeit in Ostdeutschland ist seit 1991 wieder kontinuierlich angewachsen. Nach dem Tiefpunkt von weniger als 9000 Scheidungen ist die Gesamtzahl auf fast 23000 (ab 1995 ohne Ostberlin) im Jahr 1996 angestiegen. Damit liegt diese Zahl aber noch immer unter der in der DDR üblichen hohen Scheidungsrate und unter dem westdeutschen Wert. Bezogen auf die Anzahl der bestehenden Ehen ist die Scheidungsrate in Ostdeutschland rund ein Drittel niedriger als in Westdeutschland.

Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes steigt auch im Osten

Auch wenn diese Belege auf eine Erholung der ostdeutschen Werte für das demographische Verhalten hindeuten, ist immer noch davon auszugehen, daß wir es hier mit einem Zustand der Anomalie zu tun haben, der erst langsam abklingt. Und mit diesem Abklingen etablieren sich veränderte Muster der Familienbildung. Auf allgemeiner Ebene ist feststellbar, daß in Übereinstimmung mit der Angleichungsthese sich das Heiratsalter der ostdeutschen Paare und das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt eines Kindes nach oben verschieben. Dies ist zwar auch eine schon seit zwei Jahrzehnten wirkende sozialstrukturelle Tendenz in Westdeutschland, aber dieser Anstieg fiel in Ostdeutschland stärker aus als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 2). Heirateten ledige Männer in Ostdeutschland noch 1989 mit durchschnittlich 25,8 Jahren, so stieg das Alter 1996 auf 29,0. In der gleichen Zeit stieg dieser Wert in Westdeutschland von 28,2 auf 30,1. Die Ost-West-Differenz verringerte sich von 2,4 auf 1,1 Jahre. Bei den Frauen verringerte sich die Differenz des Heiratsalters lediger Frauen in Ost- und Westdeutschland innerhalb von sechs Jahren von zwei Jahren auf 1,1 Jahre.

Die Geburt des ersten Kindes in einer bestehenden Ehe hat sich in Ostdeutschland von 1990 bis 1995 um 3,5 Jahre nach hinten verzögert, so daß man von einer frühen Mutterschaft nicht mehr sprechen kann (vgl. Tabelle 3). Das durchschnittliche Alter der Mutterschaft bei der Geburt des Kindes betrug in Ostdeutschland 1991 noch 25,2 Jahre und stieg auf 27,5 (1996). Auch in Westdeutschland hat sich dieses Alter weiter erhöht - allerdings mit einem geringeren Tempo, so daß sich auch hier die Ost-West-Unterschiede verringert haben.

Hinter dem, was als genereller Trend der Angleichung erscheint, verbergen sich mehrere Entwicklungsmomente. Auf der Ebene einer

Tabelle 2: Durchschnittliches Heiratsalter der Eheschließenden

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	insgesamt	davor ledig	insgesamt	davor ledig
Frauen				
1989	27,0	23,7	28,2	25,7
1990	27,3	23,7	28,4	25,9
1991	29,3	24,5	28,8	26,2
1992	29,9	25,1	29,2	26,5
1993	30,0	25,5	29,6	26,9
1994	30,3	26,0	29,9	27,2
1995	30,7	26,4	30,3	27,5
1996	31,1	26,7	30,5	27,7
Männer				
1989	29,7	25,8	31,2	28,2
1990	30,0	25,8	31,4	28,4
1991	32,1	26,6	31,7	28,7
1992	32,6	27,1	32,1	29,0
1993	32,7	27,6	32,5	29,3
1994	33,0	28,0	32,8	29,6
1995	33,5	28,5	33,1	29,9
1996	33,8	29,0	33,4	30,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3: Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt der Kinder

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	insgesamt	darunter 1. eheliches Kind	insgesamt	darunter 1. eheliches Kind
1991	25,2	24,9	28,3	27,1
1992	25,8	25,4	28,4	27,3
1993	26,4	26,2	28,6	27,6
1994	26,8	26,6	28,9	27,9
1995	27,2	26,9	29,1	28,1
1996	27,5	27,3	29,3	28,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

alters- und kohortenspezifischen Betrachtung (altersspezifische Geburtenziffern) zeigt sich, daß es vor allem die jüngeren Frauen sind, die sich mehr und mehr der westdeutschen Verteilung annähern und die Phase, in der Kinder geboren werden, biographisch nach hinten verschieben. 1995 verläuft die entsprechende Kurve bis zum 25. Lebensjahr in Ost- und Westdeutschland nahezu deckungsgleich. Die höchste altersspezifische Geburtenziffer wird in Ostdeutschland von den 26jährigen Frauen erreicht. Kennzeichnend für diese Frauen ist, daß sie 1990 am Anfang ihrer Familienbildungsbiographie standen und damit den Übergang zu westlichen Mustern leichter realisieren konnten. Zudem gilt für sie, daß sie sich leichter als die älteren Jahrgänge an das neue System anpassen konnten und ihre Lebensorientierungen denen der westdeutschen Altersgefährten ähnlicher sind. Die stärksten Effekte hatte der Umbruch in Ostdeutschland bei der Frauengeneration, die mitten in ihrer fertilen Phase stand, also zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt war, und entsprechend der Schockthese die Geburten aussetzte. Für die obersten ältesten Jahrgänge dieser Generation kam es zu einem abrupten Abbruch der Fertilitätsphase; sie werden auch die „ausgefallenen“ Geburten nicht mehr aufholen. Lediglich die mittleren Kohorten sind in der Lage, einen

Teil der ausgesetzten Geburten nachzuholen, und die altersspezifischen Geburtenziffern geben leichte Hinweise darauf, daß dies der Fall ist. Was sich beobachten läßt, ist die Überlagerung verschiedener Bevölkerungsweisen, die durch die generationsspezifische Prägung gekennzeichnet sind. Für die Gesamtentwicklung der Geburtenzahl in Ostdeutschland heißt das, daß sich der leichte Aufwärtstrend fortsetzen wird und die Ost-West-Unterschiede allmählich „auswachsen“. Das kann ein Prozeß sein, der 15 bis 20 Jahre dauert. Für die nach 1975 geborenen Frauen dürfte dann das Element des demographischen Schocks infolge des sozialen Umbruchs keine Rolle mehr spielen.

Hoher Anteil nichtehelich geborener Kinder im Osten

Diese prinzipielle Angleichungstendenz impliziert jedoch nicht, daß sich alle Unterschiede verwischen. Typisch für Ostdeutschland ist noch immer eine hohe Nichtehelichenquote, die sich im Verlauf der Wende sogar noch auf 42 Prozent erhöht hat. In Westdeutschland werden im Vergleich dazu nur 13 Prozent der Kinder außerhalb der Ehe geboren. Der Grund dafür liegt sicherlich in dem in der DDR geprägten Verhaltensmuster der zeitlichen Ent-

koppelung von Geburt und Heirat. Zudem kann eine abnehmende Heiratsneigung auch dazu führen, daß sich das generative Verhalten auch außerhalb der Institution der Ehe abspielt. Auch andere Elemente des demographischen Übergangs in Ostdeutschland weisen darauf hin, daß es persistente Muster in Ostdeutschland gibt. Dazu zählt sicherlich die Gleichzeitigkeit einer hohen Familien- und Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen.

Möglicherweise haben diejenigen Elemente der Bevölkerungsweise in Ostdeutschland eine größere Beharrlichkeit, die auch in Westdeutschland als langfristige Trends beobachtet werden können. So gibt es beispielsweise auch hier seit Anfang der 70er Jahre eine Zunahme des Anteils nichtehelich geborener Kinder von fünf auf 13 Prozent und eine zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern. Auch die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern geht als Entwicklung eher in die ostdeutsche Richtung. Das macht die zusätzliche Ambivalenz des demographischen Übergangs aus: Die Verkoppelung von Schockreaktionen und Angleichung, wobei die nachrückenden Generationen die Träger von veränderten Verhaltensdispositionen sind, dazu schwache Nachholeffekte bei einigen Altersgruppen, und auf der anderen Seite ein Fortdauern von Arrangements, die bestimmte Trends auch im Westen bestärken, so der Versuch, die Konkurrenz von beruflicher Verwirklichung und Familienbildung zu überbrücken. Doch auch hier könnten die wirkenden Zwänge und Anforderungen ihre Spuren hinterlassen, die Verbindung loser werden lassen und in eine zunehmende Ausdifferenzierung familialer Lebensformen münden. Für eine Trendaussage heißt dies, daß man von einem längerfristigen Wiederansteigen der Geburten-, Heirats-, und Scheidungshäufigkeit ausgehen kann. Dieser Prozeß wird nicht sprunghaft vor sich gehen, sondern eher allmählich. Und er wird bestimmt werden durch das demographische Verhalten der nachrückenden Frauengenerationen in Ostdeutschland, die das Muster einer späteren Geburt der Kinder und einer späteren Eheschließung schon angenommen haben.

Wolfgang Zapf/Steffen Mau 1993: *Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und Scheidungen*, In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 10, Juli 1993, S. 1-5.

■ Steffen Mau und Wolfgang Zapf, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Tel.: 030/25491-372

Zuwanderung nach Deutschland

Eine Buchbesprechung

Deutschland ist ein besonders wichtiges Ziel-land für Zuwanderungen in Europa. Der Ausländeranteil in den alten Bundesländern liegt mittlerweile bei etwa zehn Prozent und der politische Diskurs zur Ausländerproblematik erhält vor diesem Hintergrund immer wieder neue Aktualität. Themen wie der Zuzug von Aussiedlern, Asylgesetze oder die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft können hier genannt werden.

Empirische Analysen zu diesem Themenkomplex liefert das Buch von Rainer Münz, Wolfgang Seifert und Ralf Ulrich mit dem Titel „Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven.“, das 1997 im Campus Verlag erschienen ist. Untersucht werden Wanderungen von und nach Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Band ist in acht Kapitel untergliedert. In der Einleitung wird die grundlegende Problematik, warum Menschen seßhaft bleiben oder ins Ausland ziehen, im historischen Kontext angesprochen. Die Kapitel 2 und 3 widmen sich den Wanderungen von und nach Deutschland seit 1945. Die größten Wanderungsbewegungen fanden von 1945 bis 1949 statt als das besetzte Deutschland 12 Millionen Vertriebene aufnehmen mußte und gleichzeitig rund 10 Millionen Fremd- und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und ehemalige KZ-Häftlinge das Gebiet verließen. In der Folgezeit gewann die Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland an Gewicht. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 verließen 3,8 Millionen Bewohner der DDR ihren Staat, aber auch 400.000 Bundesbürger zogen in die frühere DDR. Mit der massiven Anwerbung von Gastarbeitern in den 60er Jahren kamen bis 1973 2,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Westdeutschland. Aber auch nach dem Anwerbestopp 1973 folgte keine Rückkehrwelle von Gastarbeitern, sondern der Nachzug von Familienangehörigen. Ende der achtziger Jahre nahm mit dem Fall des Eisernen Vorhangs der Zuzug von Aussiedlern drastisch zu. Weiterhin setzten massenhafte Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland ein und der Zustrom von Asylbewerbern stieg stark an. Von 1988 bis 1993 beantragten mehr als 1,4 Millionen Menschen politisches Asyl. Mit der Einführung neuer Regelungen ging der Zustrom von Asylbewerbern und Aussiedlern nach 1992 dann wieder zurück. Kapitel 4 beschäftigt sich mit der Herkunft, demographischen Merkmalen und der regionalen Verteilung der Ausländer in Deutschland. In Kapitel 5 werden Qualifikation, Beschäftigung und soziale Integration von Ausländern untersucht. Es zeigt sich, daß Ausländer über eine geringere Qualifikation verfügen als Deutsche, überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, aber andererseits auch zunehmend in qualifizierteren Beschäftigungsberei-

chen zu finden sind. In der „zweiten Generation“ ist ein Aufholen gegenüber der deutschen Bevölkerung zu beobachten: Ein Drittel ist in Facharbeiter- und Meisterpositionen und etwa ein weiteres Viertel in Angestelltenpositionen beschäftigt. Ein weiterer Indikator für eine bessere Integration der „zweiten Generation“ in Deutschland sind die besseren Sprachkenntnisse und die häufigeren Freundschaften mit Deutschen im Vergleich mit der Elterngeneration. Im sechsten Kapitel werden deutschstämmige Aussiedler gesondert untersucht. Das Zusammenleben mit der Familie ist bei Aussiedlern ein zentrales Wanderungsmotiv. So ist auch die Mehrzahl der Aussiedler an den Wohnort von Angehörigen oder Bekannten zugezogen. Nur eine kleine Minderheit von einem Prozent der Aussiedler hat die Absicht in das Herkunftsland zurückzukehren. Das Bildungsniveau der Aussiedler ist höher als bei früheren Gastarbeitern. Trotzdem indiziert die hohe Arbeitslosenquote von 26% erhebliche Probleme bei der beruflichen Integration. Das gilt besonders für Frauen, von denen trotz ihrer hohen Erwerbsbeteiligung in den Herkunftsländern nur 22% in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten. Was die deutschen Sprachkenntnissen angeht, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsländern der Aussiedler. Die höchste sprachliche Kompetenz haben Aussiedler aus Rumänien. Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen verfügen dagegen über deutlich geringere Deutschkenntnisse. Im siebten Kapitel werden prognostische Modelle über das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland vorgestellt. In allen Szenarien wächst die ausländische Bevölkerung aufgrund des Geburtenüberschusses der Ausländer. Bis zum Jahr 2030 ist allerdings eine Annäherung der Altersstruktur und Kinderzahl der ausländischen an die deutsche Bevölkerung zu erwarten. Im achten und letzten Kapitel mit dem Thema Migration, Integration, Politik wird die Zuwanderungsproblematik in der Vergangenheit und in der Zukunft im gesellschaftspolitischen Kontext betrachtet und bewertet. Insbesondere warnen die Autoren vor einer Politik, die zu einer wachsenden Zahl von Einwohnern „zweiter Klasse“ führt. Der Band führt verschiedene Facetten der Migration in die Bundesrepublik und der Lebensbedingungen von Zuwanderern in kompakter Form zusammen und stellt einen wichtigen Beitrag zur Sozialberichterstattung dar.

Rainer Münz, Wolfgang Seifert und Ralf Ulrich: *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Campus Verlag, Frankfurt/Main 1997, ISBN 3-593-35714-3, 203 S.

■ Stefan Weick, ZUMA
Tel. 0621/1246-245